

Wochenkommentar

Vorprojekt ist Teil des kantonalen Plans

Lino Schaeren
Redaktor Region

Der nächste Schritt ist getan. Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) hat bekannt gegeben, dass Pieterlen als Standort für ausländische Fahrende ausgeschlossen wurde. Meisberg hingegen kommt weiterhin infrage. Weitere Abklärungen sollen bis Ende Jahr getätigt werden. Ein Vorprojekt wird lanciert – das wertet der Meisberger Gemeindepräsident Daniel Kruse (SVP), bekennender Gegner des Platzes, erstaunlicherweise als Teilerfolg. Denn er sagt: «Das heisst noch nicht, dass Meisberg definitiv zum Standort wird.» Damit hat er natürlich recht. Und trotzdem bedeutet der Entscheid von Neuhaus eben so einiges und wenig Gutes für die Transitplatzgegner.

Der Meisberger Gemeinderat hatte Ende Juli beim Regierungsrat eine Stellungnahme eingereicht, in der er alle Punkte auflistete, die gegen einen Halteplatz für ausländische Fahrende auf der entsprechenden Parzelle sprechen würden. Auch in der Bevölkerung war der Unmut gross, er wurde offen mit Plakaten zur Schau gestellt und äusserte sich in Briefen an Regierungsrat Neuhaus. Wer nun aber denkt, Meisberg sei nur dank des vehementen Protestes noch nicht mit Sicherheit Standort für ausländische Fahrende, der liegt falsch.

Kruse verweist zwar darauf, dass der Kanton Bern, indem er erst mal ein Vorprojekt lanciert, in dessen Rahmen er die geäusserten Bedenken unter die Lupe nimmt, die Anliegen der Gemeinde ernst nehme. Natürlich nimmt Neuhaus die Gemeinde ernst. Sein Standpunkt hat sich deshalb aber nicht verschoben. Neuhaus hatte bereits im Juni mit aller Deutlichkeit gesagt: Werden keine Fakten genannt, die einen Transitplatz auf der Parzelle am Dorfrand verunmöglichen, wird dieser gebaut. Jetzt zeigt sich: Solche Fakten – etwa eine Gasleitung auf dem Grundstück – konnte die Gemeinde aber nicht liefern. Ansonsten hätte Neuhaus Meisberg als Standort aufgegeben.

Die Bedenken, welche die Meisberger äusserten, waren dem Kanton hingegen bereits bekannt. So wurde etwa genannt, dass sich die Parzelle in der archäologischen Schutzzone befindet. Und am Rande einer Gewässerschutzzone. Ob dies für die Realisierung des Transitplatzes problematisch ist, wird nun unter anderem geprüft. Die Lancierung eines Vorprojekts ist also keineswegs ein Teilerfolg für die Gemeinde. Sie war vielmehr von Beginn weg Teil der kantonalen Pläne, da man um die Umstände wusste.

Die Chance, dass in Meisberg ein Transitplatz gebaut wird, ist in den vergangenen Wochen sogar noch grösser geworden. Denn der wichtigste Punkt, der gegen Meisberg als Standort sprach, konnte entkräftet werden: Die Lage in der Landwirtschaftszone.

Eine Umzonung der 12 000 Quadratmeter grossen Parzelle in die Bauzone hätte bei Beschwerde vor Gericht wohl einen (sehr) schweren Stand gehabt. Anders sieht es bei der Lösung aus, welche das Bundesamt für Raumentwicklung vor einigen Wochen dem Kanton Bern präsentierte: Die Schaffung einer Spezialzone, welche den Platz zonenrechtlich möglich macht. Diese Möglichkeit war schliesslich auch entscheidend beim Entschluss von Neuhaus, Pieterlen als möglichen Standort fallenzulassen, da die Parzelle in Meisberg, direkt an der Autobahnausfahrt Lengnau, besser liegt. Natürlich könnte Meisberg auch die Schaffung einer Spezialzone mit einer Beschwerde durch alle Instanzen bekämpfen. Allerdings mit wenig Hoffnung auf Erfolg.

Was dann? Sollte der Regierungsrat entscheiden, das Projekt in Meisberg zu realisieren, müsste wohl der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit sprechen. Als letzten Hoffungsstrang könnten die Gegner des Platzes für ausländische Fahrende also versuchen, möglichst viele Parlamentarier für sich zu gewinnen. Wie man hört, wurden erste Kontakte bereits hergestellt.

«Alle, die mich kennen, wissen wie ich ticke»

Hans Stöckli Er sei kein Phrasendrescher, sagt der Bieler SP-Ständerat. «Hans will wieder ins Stöckli» ist seine simple Botschaft für die Wiederwahl.

Interview: Eva Berger und Jacqueline Lipp

Hans Stöckli, Sie sind seit genau elf Jahren im Bundeshaus. Reicht das nicht?

Hans Stöckli: Die ersten sieben Jahre war ich Nationalrat, sechs davon zusätzlich Stadtpräsident von Biel. Jetzt kann ich mich als Ständerat vollumfänglich dieser spannenden Aufgabe widmen. Ich arbeite in vier Kommissionen, wo viele angefangene Dossiers weitergeführt werden sollten und weil ich jetzt Vizepräsident bin, könnte ich bei einer Wiederwahl Präsident der Geschäftsprüfungskommission werden. Ich bin gesund und im Stöckli fühle ich mich zu Hause. Dort hört man sich gegenseitig zu und arbeitet gut zusammen.

Inwiefern ist die Arbeit anders im Ständerat als im Nationalrat?

In der Zeit als Nationalrat und Stadtpräsident galt mein Engagement hauptsächlich der Stadt Biel. Mein Pensum als Ständerat würde das gar nicht mehr erlauben. Ich war im letzten Jahr während 127 Tagen in Bern an Sitzungen, das ist ein 80-Prozent-Job. Meine Themen-Palette ist wesentlich breiter und jetzt liegt bei mir der Fokus ganz klar auf der Bundes- und Kantonsseite. Wenn ich im Dilemma bin, ob ich die Interessen des Kantons oder jene meiner Partei vertrete, mache ich meine Genossen jeweils nicht nur immer glücklich.

Trotzdem zählen Sie auf deren Unterstützung für Ihre Wiederwahl in den Ständerat.

Ich spüre die Unterstützung klar. Es macht mich ein wenig stolz, einstimmig nominiert worden zu sein, obwohl ich seit 1979 politisch aktiv bin. Häufig «entsorgt» man die Leute nach so langer Zeit. Aber ich weiss, dass auch meine Partei auf mich setzt.

Werden Sie denn gewählt?

Es ist meine 17. Wahl und ich musste schon jedes Mal mit dem Plan B rechnen. Natürlich ist es nicht mein innigster Wunsch, diese «Schlacht» zu verlieren. Ich weiss auch, dass die Mehrheit im Kanton Bern nicht eine rot-grüne ist und sieben ernsthafte Kandidatinnen und Kandidaten antreten.

Sie sind, nach Simonetta Sommaruga, erst die zweite SP-Vertretung für den Kanton Bern im Ständerat.

Ja. Und ich bin der erste SP-Mann.

Ihr Engagement, es wieder zu schaffen, ist auf jeden Fall gross. Ihr Wahlkampf-Budget ist mit rund 200 000 Franken doppelt so hoch wie vor vier Jahren. Nur SVP-Kandidat Albert Rösti hat etwa gleich viel Mittel. Warum ist ihnen dieser Wahlkampf so viel wert?

Mein Budget ist natürlich auf zwei Wahlgänge ausgelegt. In dieser Ausgangslage, unter Berücksichtigung der politischen Situation im Kanton und der Tatsache, dass so viele Kandidierende vorhanden sind, ist man sehr gut beraten, wenn man einen zweiten Wahlgang einplant. Dieses Mal ist es wesentlich einfacher, Spenden zu sammeln. Aber es ist auch alles sehr teuer, alleine der Wahlprospekt für alle Haushalte, den wir mit den Grünen zusammen machen, kostet 30 000 Franken.

Wie viele Hans Stöckli-Plakate werden im Kanton aufgehängt?

So viele wie möglich, denn die Plakate finde ich wirkungsvoll.

Was bringt Ihnen, neben der Finanzierung der Kampagne, die gemeinsame Kandidatur mit der Grünen Christine Häslers?

Auf der rot-grünen Seite hat diese Zusammenarbeit Tradition und sie macht Sinn. Mit der vor allem im Oberland sehr bekannten und geschätzten Christine Häslers bilden wir ein glaubwürdiges und verbindendes Team.

Was passiert denn mit dieser Zusammenarbeit für den zweiten Wahlgang?

Das haben wir vertraglich geregelt.

Heisst das, dass sich Christine Häslers zu Ihren Gunsten nach dem ersten Wahlgang zurückziehen wird?

Man geht davon aus, dass man jenen Kandidaten in den zweiten Wahlgang schicken wird, der die grössten Aussichten auf Erfolg haben wird.

Man geht davon aus, dass Sie das sind...

Das habe ich nicht gesagt. Wenn nicht, so spare ich sehr viel Geld (lacht). Aber das ist nicht mein Ziel.

Vor vier Jahren sind mit Adrian Amstutz, Werner Luginbühl und Ihnen noch drei Kandidaten im zweiten Wahlgang angetreten. Es ist gut möglich, dass es wieder das Trio SVP, BDP und SP ausmachen wird. Nur haben Sie mit Albert Rösti diesmal einen auch von der Mitte wählbaren SVP-Gegner, während man sagt, das Hardlinertum sei Amstutz zum Verhängnis geworden. Ist das ein Grund zur Sorge?

Das Abstimmungsverhalten und die Stellungnahmen von Albert Rösti und insbesondere seine Funktion als Wahlkampfleiter der SVP-Schweiz lassen kaum vermuten, dass er gemässiger ist als Adrian Amstutz. Aber ich nehme natürlich jeden Mitkonkurrenten ernst. Dennoch finde ich für den Schlussgang, dass sich das Duo Luginbühl und Stöckli sehr bewährt hat. Wir decken den Kanton in allen Facetten ab, das Land und die Stadt, das Oberland, das Seeland, die Zweisprachigkeit, rot-grün und bürgerlich. Aber schliesslich wird sich weisen, ob wirklich eine Mehrheit im Kanton Bern wünscht, dass dieser im Ständerat nur noch von zwei Bürgerlichen aus dem Oberland vertreten sein sollte.

Sie sehen sich als Vertreter für das Seeland. Aber vor vier Jahren haben Sie in beiden Wahlgängen hier nur den dritten Platz von allen Kandidierenden gemacht. Warum konnten Sie die Wähler nicht von sich überzeugen?

Im Seeland hat sich meine langjährige Tätigkeit für die Region leider wirklich nicht im Wahlverhalten niedergeschlagen. Ich hoffe, dass die Seeländer diesmal mein Engagement auf Bundesebene, etwa für den Ligerztunnel, die Uhrenindustrie oder den Innovationspark erkennen können. Ich werde versuchen, in der Kampagne darzulegen, dass es in den grossen Fragen wichtig ist, seine Region auf Bundesebene vertreten zu wissen. Als Präsident von Tourismus Jura-Drei-Seen oder in meiner Tätigkeit für die Umsetzung der Masseneinwande-

Zur Person

- Geboren am **12. April 1952**.
- Verheiratet, drei Kinder.
- Schulen in Biel, Studium von Jura und Journalismik in Bern und Neuenburg.
- Fürsprecher in Biel.
- Ab 1981 Gerichtspräsident.
- **Ab 1979 Bieler Stadtrat (SP)**, 1981 Stadtratspräsident.
- Ab 1984 nebenamtlicher Gemeinderat.
- **1990 bis 2010 Stadtpräsident von Biel**.
- 2004 ist Hans Stöckli für Rudolf Strahm in den **Nationalrat** nachgerückt, Bestätigung 2007 und 2011.
- Am 20. November 2011 wurde Stöckli im zweiten Wahlgang **in den Ständerat gewählt**.
- Die nationalen Wahlen finden am **18. Oktober** statt.
- Neben Hans Stöckli treten **zehn weitere Kandidaten** für die zwei Ständeratssitze an.
- 567 Kandidierende sind es für die **25 Berner Nationalratssitze**. *eva*



Für Biel hat sich Hans Stöckli als langjäh



iger Stadtpräsident und Nationalrat eingesetzt. Als Ständerat hat für ihn der Kanton Priorität. Peter Samuel Jaggi

rungsinitiative will ich mich für das Seeland einsetzen. Die Gesetzgebung für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist gerade für die Seeländer Gemüsebauern von grosser Bedeutung.

In Biel müssen Sie sich wohl weniger Sorgen machen. Da hatten Sie vor vier Jahren die Wähler klar auf Ihrer Seite. Das war aber auch in den anderen Städten so. Mich hat besonders gefreut, dass ich auch in Thun, also im Oberland, viele Stimmen gemacht hatte.

Eine klare Stadt-Land-Problematik ist Ihre Wählbarkeit aber nicht. Im Berner Jura hatten Sie auch am meisten Stimmen. Warum dort und im Seeland nicht?

Im Berner Jura kommt noch eine weitere Dimension hinzu, jene zur Zukunft der Kantonszugehörigkeit. Einige meiner Vorstösse handelten von diesem Thema, das wussten die Wähler. Ich bin in bestem Kontakt mit dem Berner Jura, der gehört ja auch zum Tourismusgebiet Jura-Drei-Seen. Wahrscheinlich wird auch mein Einsatz für die Uhrenindustrie und für die Zweisprachigkeit im Kanton Bern im Berner Jura anerkannt.

Sie können ja aber nicht für jede Region und jede Stadt des Kantons eigene Wahlkampfthemen aufstellen. Worauf beschränken sie sich?

Es sind drei Hauptbereiche: Erstens Wirtschafts- und Standortförderungs politik, zweitens das Gesundheitswesen und die Sicherung der Altersrenten und drittens der Rechtsstaat und die Demokratie. Bei letzterem geht es mir vor allem darum, unser Verhältnis mit Europa zu gestalten und die Menschenrechtskonvention zu verteidigen. Die rechtsbürgerliche Seite will diese kündigen und damit die Rechtsstaatlichkeit über Bord werfen. Ich will dem Paroli bieten, unsere Prinzipien verteidigen und die direkte Demokratie stärken. Diese Themenbereiche hängen alle mit meinen Zugehörigkeiten in den Kommissionen zusammen.

Sie müssen nicht nur jene abholen, die sie schon kennen und wissen, was Sie in den Kommissionen machen, sondern auch Wähler gewinnen. Wie machen Sie das?

Das mache ich je nach dem, wie ich mit den Leuten zusammenkomme. Wenn ich mit Rentnern rede, lege ich den Fokus auf die Problematik der Altersvorsorge 2020. Bei einem Vortrag bei der Neuen Helvetischen Gesellschaft thematisiere ich den Rechtsstaat und die Demokratie und vor Wirtschaftsvertretern spreche ich über die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bern. Ich bin eben kein Phrasendrescher.

Davon zeugt Ihr Slogan «Hans wieder ins Stöckli». Den haben Sie gegenüber vor vier Jahren nur um ein Wort – «wieder» – ergänzt. Warum haben Sie es sich so einfach gemacht?

Der Hans will wieder ins Stöckli. Das ist einfach meine Botschaft. Und alle, die mich kennen, wissen wie ich ticke.

Wir würden aber gerne wissen, wie Sie zu aktuellen Themen stehen. Dazu ein paar kurze Fragen: Braucht es nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative eine zweite Abstimmung zur Zukunft der Bilateralen Verträge?

Eine solche wird es auf jeden Fall geben. Die Frage ist nur, auf welcher Stufe. Wenn die «Raus aus der Sackgasse»-Initiative nicht zurückgezogen wird, wird es eine Verfassungsabstimmung geben. Ich hoffe, dass wir auf dem gesetzgeberischen Weg eine Lösung finden werden, damit dann diese Initiative zurückgezogen werden kann. Dann wird die Abstimmung auf der Gesetzesstufe durch ein Referendum stattfinden. Es wird ein Gesetz geben zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, welches die Stärkung der bilateralen Verträge und die Ausländergesetzgebung beinhaltet.

Fanden Sie es richtig, den Euro-Mindestkurs aufzulösen?

Ich musste den sehr schmerzhaften Entscheid nachvollziehen. Die Nationalbank war nicht mehr in der Lage, mit vertretbarem Aufwand den Euro-Kurs zu stützen. Jetzt braucht es aber griffige Massnahmen gegen die Gefahr der Desindustrialisierung: Umsetzung der Swiss-Made-Vorlage, Stärkung der Innovationen und der Exportrisikogarantie.

Soll das Rentenalter für Frauen für die Sicherung der AHV auf 65 Jahre angehoben werden?

Auch dem habe ich zugestimmt. Allerdings im Gesamtkontext der Verbesserungen der Altersvorsorge, als Einzelmassnahme hätte ich es nicht akzeptiert.

Soll die Schweiz mehr Flüchtlinge aufnehmen?

Für Menschen, die an Leib und Leben be-

«Ich bin sehr aktiv und arbeite viel lieber dort, wo es etwas bringt, als dort, wo man davon redet.»

droht sind, sind wir verpflichtet, unsere Leistung als Land mit humanitärer Tradition zu erfüllen und weiter Flüchtlinge aufzunehmen. Wie Angela Merkel vorgestern ausgeführt hat, muss Europa sich zusammenraufen - wir können nicht alle Menschen auf der Flucht aufnehmen. Wir müssen mit einem fairen, aber beschleunigten Asylverfahren erreichen, dass Menschen, die Schutz brauchen, diesen erhalten und die andern aber wieder zurückgeführt werden.

Muss die erste Fremdsprache in der Schule eine Landessprache sein?

Ich würde mir wünschen, dass die zweite Landessprache die erste Fremdsprache ist. Das ist pädagogisch besser und politisch richtig. Aber den Kompromiss, den die Erziehungsdirektorenkonferenz erzielt hat, dass die zweite Landessprache in der Primarschule unterrichtet werden muss, kann ich unterstützen.

Kommen wir zurück zu Ihnen. Als Nationalrat hat man Ihnen vorgehalten, Sie seien national zu wenig präsent und stellen Ihr Amt als Bieler Stadtpräsident klar über jenes als Nationalrat. Jetzt sind Sie nicht mehr Stadtpräsident und dennoch hat man das Gefühl, man höre nicht besonders viel von Ihnen. Warum ist das so?

Die Sichtbarkeit misst sich ja nicht nur an der Präsenz in den Boulevardmedien. Diese suche ich überhaupt nicht. Ich habe noch nie einen Gedanken daran vergeudet, wie eine Idee von mir formuliert sein müsste, damit sie eine Schlagzeile liefert. Aber ich bin sehr aktiv und arbeite viel lieber dort, wo es etwas bringt, als dort, wo man davon redet. Und ich glaube, ich habe überdurchschnittlich viele Interventionen, Vorstösse und Wortmeldungen im Parlament. In den elektronischen Medien habe ich den Eindruck, ich müsste mich gar nicht beklagen.

Ständerat zu sein, sei für Sie ein 80-Prozent-Pensum, sagen Sie. Ist eine Wiederwahl vereinbar damit, dass Sie in zwei Jahren das Pensionsalter erreichen?

Ja. Ich war mir natürlich bewusst, dass ich über mein Pensionsalter hinaus arbeiten würde, wenn ich noch einmal gewählt würde. Aber ich stelle mit Befriedigung fest, dass auch ältere Kollegen ihre Leistungen bringen, darum sollte es auch für mich möglich sein, noch bis 2019 zu arbeiten. Es ist ja im Moment im Trend, dass man verlangt, die Leute sollen länger arbeiten. Zumindest die Bürgerlichen sollten das also schätzen.

Wie lange werden Sie denn noch im Berufsleben stehen?

Falls meine Wiederwahl überhaupt klappt, könnte es meine letzte Wahl gewesen sein. **2019 wollen Sie sich also aus der Politik zurückziehen?**

Ich werde immer Politik machen – nur könnte es dann geräuschloser und im Hintergrund sein.

Haben Sie überhaupt noch Freizeit?

Im Moment eher wenig, grundsätzlich aber ja.

Wie nutzen Sie diese?

In der ersten Jahreshälfte bereite ich mich jeweils mit meiner Frau auf den Hundert-Kilometer-Lauf von Biel vor. Sonst bin ich oft auf dem Velo oder am Laufen. Ich sammle seit über 50 Jahren «Altpapier» in Form von alten Büchern und geografischen Karten, alles was mit Geschichte und Politik zu tun hat und alles über die Landesausstellungen. Seit ich letztes Jahr die Tage der Aerophilatelie präsierte, habe ich das Briefmarkensammeln wieder entdeckt. Ich werde nächsten Freitag sogar als einer der Hauptredner am 125-Jahr-Jubiläum der Schweizer Philatelistervereine auftreten und im Jahre 2018 eine internationale Ausstellung mitorganisieren – dann feiern wir 175 Jahre Schweizer Briefmarken. Zudem lese ich viel. Und schlafe gerne.